

Lob:

Der **Studiengang Dolmetschen an der ZHW** ist in der Weltrangliste gestiegen: Der internationale Berufsverband der Konferenzdolmetscher hat den Studiengang in seinem neusten Hochschul-Rating in die oberste von drei Bewertungskategorien befördert. Bei der letzten Untersuchung lag er noch im Mittelfeld, wie die ZHW in einer Mitteilung schreibt; nun ist er mit der Universität Genf auf gleichem Stand. Bei der Prüfung von Universitäten und Hochschulen, die alle drei Jahre durchgeführt wird, sind Kriterien wie Prüfungsverfahren, Qualifikation der Dozierenden und Praxisrelevanz der Ausbildung massgebend. Der Berufsverband ist Verhandlungspartner von Organisationen wie Uno und EU, und ihm gehören 2700 Mitglieder in 88 Ländern an. **blu.**

Überfremdung, das alte Gespenst.

An Statistiken gemessen ist die Schweiz spätestens seit den 50er-Jahren ein Einwandererland. Obwohl sie existenziell auf Migranten angewiesen ist, fokussiert die schweizerische Ausländerpolitik bis heute auf die Angst vor Überfremdung.

Im Jahr 1890 kam es auf Zürcher und Berner Baustellen zu «Italienhutz», weil Schweizer Bützer die Gastarbeiter aus dem Süden als Lohndrücker verdächtigten. 2005 glaubt die grösste politische Partei der Schweiz, mit der Personenfreizügigkeit wanderten massenweise Arbeitskräfte aus Osteuropa ein, «um sich ins Sozialnetz zu hängen» und unseren Wohlstand zu untergraben. Die «Weltwoche» propagiert gegenüber Flüchtlingen eine «Hin und weg – ruck, zuck, zack, zack»-Politik, welche die jüngsten Verschärfungen des Asylgesetzes durch SVP-Bundesrat Blocher in den Schatten stellen würde.

Ausländische Inländer.

Die 1898 erstmals thematisierte «Überfremdungsfrage» brachte Christoph Blochers damalige Vorgänger noch zur Erkenntnis, dass die Schweiz «genügend Assimilationskraft» besitzt, um aus ausländischen Kindern gute Schweizer zu machen. 106 Jahre später, am 26. September 2004, lehnte das Volk zum wiederholten Mal eine Gesetzesänderung ab, die mehr oder weniger dasselbe zum Ziel hatte: die Liberalisierung einer Einbürgerungspolitik, die bis dato dafür sorgt, «dass uns Ausländer statistisch erhalten bleiben, obwohl sie es, sozial gesprochen, längst nicht mehr sind», mahnt zum Beispiel der Basler Historiker Georg Kreis seit Jahren. Flüchtende Menschen, deren Migrationshintergrund oft politisch, wohl aber auch nicht selten wirtschaftlich motiviert ist,



werden von rechten Eidgenossen zunehmend als Kriminelle und Sozialschmarotzer gesehen. Abgewiesene sollen keine Fürsorge oder Nothilfe mehr erhalten und schnellstmöglich aus dem Land verschwinden.

«Keine Kopftücher!»

Die unterschiedlichen Gründe für die beinahe chronische Ablehnung alles Fremdmenschlichen durch breite Bevölkerungskreise kulminieren in der Angst vor Überfremdung. Sie zieht sich durch das ganze 20. Jahrhundert und hat auch das 21. miteingeläutet: Vor dem Ersten Weltkrieg erreichte die Ausländerquote erstmals einen Höchststand von 17 Prozent. Heute liegt sie bei 20, bis 2010 soll sie 22 Prozent betragen, um danach vorwiegend demografiebedingt wieder auf den heutigen Stand zu sinken. Zählte man indes bloss die Befristeten, also die Ausländer ohne Niederlassungsbewilligung, betrüge die Quote weit weniger als zehn Prozent. Betrachtet man die Asylbewerber, gegen jene sich die Überfremdungsangst hauptsächlich richtet, müsste man von einem Anteil von weniger als zwei Prozent der Bevölkerung ausgehen. Nichtsdestotrotz sprechen fremdenfeindliche Bewegungen das ganze Jahrhundert hindurch von «Bedrohung der nationalen Existenz» (Schrift Unsere Fremdenfrage, 1900), «Verjudung der Schweiz» (Fremdenpolizei-Chef Heinrich Rothmund, 1938), «Überfremdung von Volk und Heimat» (NA-Gründer Fritz Meier, 1961), «Überfrem-

dungsgefahr» (knapp gescheiterte Schwarzenbach-Initiative, 1971). Bis in die 80er-Jahre scheint Fremdenfeindlichkeit meist wirtschaftspolitisch motiviert: Die drei Überfremdungsinitiativen der 60er- und 70er-Jahre waren eher an den Krisenkalender gebunden denn an die effektive Zahl der anwesenden Ausländer, glauben viele Historiker. Ab den 80er-Jahren treten jedoch eindeutig kulturalistische Argumente auf: Man könne eine Geburtsgemeinschaft wie jene der Schweizer schon durch Volksfremde ergänzen. Deren Anzahl müsse aber tief bleiben, weil man sonst die schweizerische Gesellschaft ruiniere, lautete ein Szenario in den Überfremdungsinitiativen der Nationalen Aktion der 80er-Jahre. Ab den 90er-Jahren driftet der Diskurs eindeutig ins Rassistische ab, was eine Ethnisierung von Gesellschaftsproblemen wie Kriminalität, Umweltverschmutzung oder Arbeitslosigkeit mit sich bringt: «Weniger Ausländer, weniger Umweltprobleme» (Winterthurs Schweizer Demokraten, 1994) oder «Kopftücher stellen wir nicht ein» (Reinigungsfirma vor dem Zürcher Arbeitsgericht, 2005).

Miesere Charaktere.

«Im quantitativen Sinn dürfte die Schweiz schon bald nach 1945 zum Einwanderungsland geworden sein. Im qualitativen ist sie es noch heute nicht, müsste es aber dringend werden», schrieb Georg Kreis 1999. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, Kanada oder Australien sträubten sich Länder wie Deutschland und die Schweiz wegen einer negativen Grundeinstellung gegen das Selbstverständnis eines Einwandererlandes. Aus eigener Befindlichkeit heraus konstruieren selbstgerechte Volksgenossen die Wahrnehmung, fremde Charaktere seien grundsätzlich von mieserer Qualität als Einheimische. Die viel kolportierten Kulturunterschiede machen sie oft unter dem Gesichtspunkt des Mangelnden und selten am Aspekt des Bereichernden fest. Diese Betrachtungsweise habe, so Kreis, mitunter dazu geführt, dass sich der Diskurs auf die Missbrauchsbekämpfung im Asylwesen

und auf «Ausländerkriminalität» konzentriert. Aus diesem Zusammenhang heraus ist es auch zu verstehen, dass den im neuen Rassendiskurs lange abstinente gebliebenen linken Parteien immer wieder «Multikulti-Naivität» vorgeworfen wird. Der Vorwurf mag strategische Fehler linker Politik aufdecken, von der Sache her zielt er aber ins Leere: Ein Drittel der Schweizer Bevölkerung ist auf Immigration in den letzten 50 Jahren zurückzuführen, aber der Begriff Einwanderungsland ist immer noch umstritten, stellte diesen Frühling eine Studie des Neuenburger Forums für Migrations- und Bevölkerungsstudien fest. Eine eigentliche Einwanderungspolitik hat die Schweiz immer noch nicht, und Integrationsprojekte sind oft kurzlebig oder werden von Anfang an aus Spargründen abgeschmettert. Neuerdings outen sich sogar Linke und Multikulti-Bewegte als Überfremdungsoffer, wenn sie sich verschämt fragen, ob ihr Kind genug lernen kann, wenn in seiner Klasse Fremdsprachige überwiegen.

Abwehr statt Assimilation.

Die Ethnisierung sämtlicher gesellschaftlicher Probleme reisst nicht ab und reicht heute von rechts bis links. Von einer «Zeit der Reife in der Ausländerpolitik» schrieb der «Bund» vor der Abstimmung im September: Rechte Panikmache liefere zwar nur Zerrbilder, aber linkes Nettsein reiche auch nicht. «Es gilt, Unbequemes unverkrampft anzusprechen.» Solches wie: «Der Drogenhandel ist klar in ausländischer Hand, der Diebstahltourismus kommt aus Osteuropa, Jugendgewalt wird zu zwei Dritteln von Ausländern ausgeübt, Gewalt gegen Frauen zu 50 Prozent.» Der Zusammenhang zwischen Immigration und Kriminalität könne also nicht geleugnet werden. Das ist richtig,

aber weshalb beherrscht die Frage nach der Abwehr die Diskussionen und nicht jene nach der geschickten Assimilation? Die massive Einwanderung in der Hochkonjunktur der 60er-Jahre hat neben Zulassungsbeschränkung und Selektion in bessere und schlechtere Migranten zwar auch zum Konzept der Assimilation geführt, aber so richtig durchsetzen können habe sie sich nicht, heisst es in der Studie «Ausgrenzen, Assimilieren, Integrieren» weiter.

Hunderttausende importiert.

Die Integration von Menschen bestimmter Nationalitäten sei nach wie vor ungenügend, lautet einer der Befunde. Kein gutes Zeugnis für ein Land, das mit Masseneinwanderung seit 50, wenn nicht 100 Jahren experimentieren konnte. Doch statt dass die Politik endlich die Integration der ausländischen Inländer zuoberst auf die Agenda setzen würde, scheucht sie weiter ein Überfremdungsgespens durch die staatlichen Institutionen: Die Personenfreizügigkeit für die neuen EU-Länder bringe «unkontrollierte Immigration, Überfremdung, Lohndruck und Arbeitslosigkeit» aus dem Osten, hetzen rechtskonservative Angsthasen in alter protektionistischer und kulturalistischer Manier. Diese Argumentation versucht, vermeintliche Déjà-vus und ein neues Horror-szenario heraufzubeschwören. Ein Bericht des Staatssekretariates für Wirtschaft (Seco) entlarvte sie Ende Juni jedoch als Hirngespinnst: Die Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU-15 im Jahre 2002 hat die Zuwanderung sogar reduziert. Ebenso lassen sich keine Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit und das Lohnniveau feststellen. Sogar Blocher muss einräumen, dass die Schweiz auf die Märkte und Arbeitskräfte des europäischen Ostens zurückgreifen muss, wenn

sie wirtschaftlich endlich wieder wachsen will. Auf diese Weise ist die Rechnung für die Schweiz schon mehrfach aufgegangen. Zum Beispiel, als sie Hunderttausende von Gastarbeitern aus dem Süden importierte, um den Eisenbahnboom am Ende des 19. Jahrhunderts und die «goldenen Jahre» zwischen 1950 und 1975 zu bewältigen. Als die Weltwirtschaft nach dem Ölschock Mitte 70er-Jahre in die Krise schlitterte, spedierte die Schweiz 200 000 Arbeitskräfte zurück in ihre Heimat und glättete damit ihre rasant in die Höhe schnellende Arbeitslosenquote. Die Personenfreizügigkeit I brachte gemäss Seco vor allem deutsche und portugiesische Staatsangehörige, zulasten von Arbeitsmigranten aus Nicht-EU-Staaten, genauso wie es die Politik wollte und Wirtschaftskreise immer gefordert hatten.

... und es kommen Menschen.

Per Saldo gilt laut Historiker Georg Kreis aber bei jeder Einwanderungswelle derselbe Grundsatz: «Es kommen Schwach- oder Höchstqualifizierte, wenn die Gesellschaft Schwach- oder Höchstqualifizierte benötigt. Es kommen junge Menschen, wenn eine überalterte Gesellschaft eben junge Menschen benötigt.» Immerhin betont die etwas harmonistische Sicht die Bedeutung Bedarfsseite, also der Schweiz, auch wenn Einwanderung und Integration selten nach Idealvorstellungen ablaufen. Einwanderung ist unter diesem Aspekt in erster Linie ein schweizerisches Bedürfnis und keine böswillige, von aussen gesteuerte Überfremdungsabsicht. Max Frischs Erkenntnis aus den 60er-Jahren gilt auch 2005: «Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kommen Menschen.»

Thomas Möckli.

Tadel:

Ob er gerade einmal stinksauer war auf sein Herrchen beziehungsweise Frauchen oder einfach das grosse Reissen hatte, ist nicht bekannt. Auf jeden Fall hat ein **Hund** aus Schaffhausen, Rasse unbedeutend, tatkräftig bewiesen, dass das Reisen nicht nur des Müllers, sondern auch des Hundes Lust sein kann. Erst einmal genoss er die Bahnfahrt von Schaffhausen nach Winterthur. Dort wollte der reisefreudige Vierbeiner seine Fahrt in einem Stadtbus fortsetzen. Doch weit gefehlt. Der aufmerksame Chauffeur meldete den herrenlosen Hund der Stadtpolizei. Die konnte anhand des Chips, den der Hund trug, den Besitzer ermitteln. Pech für Fifi, Strupi oder wie immer das Hündchen hiess. Eines bedenke: Wenn du das nächste Mal auf Reisen gehst, dann bitte mit Billett! **riz.**

